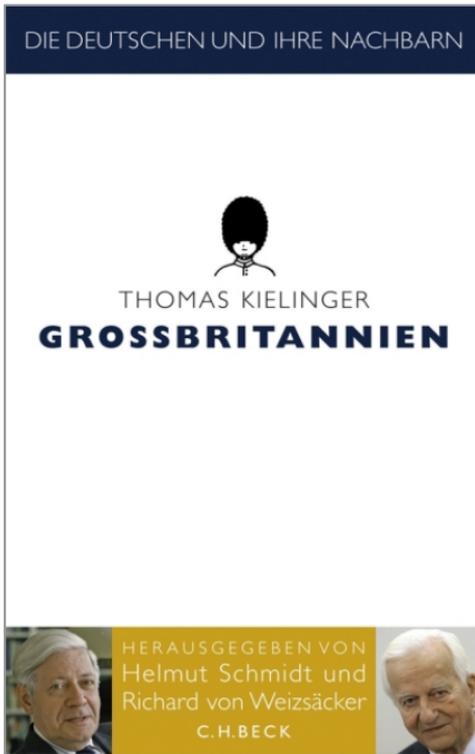


Unverkäufliche Leseprobe



**Thomas Kielinger**  
**Großbritannien**

272 Seiten, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-57849-6



EINSTIMMUNG

Originaldokument

**DIE INSEL IM SCHATTEN DER WIRTSCHAFTLICHEN  
UND DER POLITISCHEN KRISE**

In seinem 1941 verfassten Essay «England, Your England» erinnerte George Orwell daran, dass das Land seiner Geburt in der Welt unter sechs verschiedenen Namen firmiert: «England, Britain, Great Britain, the British Isles, the United Kingdom», und wenn man sich besonders hochgestimmt fühle, auch noch unter «Albion». Man mag einen siebten Namen hinzufügen, denn was Orwell als fünfte Bezeichnung, verkürzt, aufführt, «Das Vereinigte Königreich», lautet unter voller Flagge «Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland». Die nicht-englische Welt wie auch dieses Buch versuchen gelegentlich, dem Begriffswirrwarr zu entrinnen, und sprechen dann – achtens – einfach nur von der «Insel».

Willkommen also auf der Insel der fesselnden Widersprüche. Ein Schauplatz mit vier Nationen innerhalb seiner Grenzen – Engländern, Walisern, Schotten, Iren – und mit vier Hauptstädten: London, Cardiff, Edinburgh und Belfast. Wo bleibt die einheitliche Identität, wer wollte diese Vielfalt auf einen Nenner bringen? Das rauft sich zusammen mehr schlecht als recht, bedroht von zentrifugalen Kräften, die das Vereinigte Königreich manchmal alles andere als vereint aussehen lassen. Alex Salmond zum Beispiel, der schottische Ministerpräsident («First Minister»), würde seine Region am liebsten als eigenständiges EU-Land in Europa unterbringen. Wenn er nur könnte.

EINSTIMMUNG

10 11

Er kann es freilich heute weniger denn je, denn die erhoffte Selbstständigkeit Kaledoniens, wie die Römer den schottischen Norden Britanniens nannten, rückt in immer weitere Ferne, seitdem als Folge der globalen Finanzkrise Schottlands Kronjuwel, die Royal Bank of Scotland (RBS), durch Intervention der Regierung in London, die ihre Beteiligung an der Bank im Januar 2009 auf 70 Prozent erhöhte, vor dem Ruin gerettet werden musste. Das weltweit operierende Unternehmen fuhr 2008 einen Verlust von 24,1 Milliarden Pfund ein – das größte Jahresdefizit in der britischen Unternehmensgeschichte überhaupt. Hinzu kommen 325 Milliarden Pfund toxische Papiere, von denen zurzeit niemand sagen kann, wie viel Wert sie überhaupt noch enthalten – der Markt, auf dem sie basierten, ist inzwischen zum Teil verschwunden. Auch in dieser Not sprang London ein und erlaubte der Bank, den toxischen Teil, von der Regierung garantiert, fürs Erste auszugliedern, damit das traditionelle Kreditgeschäft wieder anlaufen kann, von dem viele mittelständische Unternehmen zur Finanzierung ihrer Investitionen abhängen. Auch Schottlands zweite Großbank, HBOS (Halifax/Bank of Scotland), ging auf Talfahrt und konnte nur durch Verschmelzung mit der englischen Lloyds Bank, von London erzwungen, vor ihrem Ende bewahrt werden.

Aber was für den Norden der Insel gilt, trifft auch im übrigen Land zu. Schottland ist nur ein besonders markantes Beispiel für den Einbruch der Bonität der britischen Finanzinstitute. «Unverantwortlich» – so das Wort eines Schotten, des derzeitigen Premierministers Gordon Brown – haben sie sich auf das Geschäft mit amerikanischen *sub prime*-Hypotheken und anderen Finanzprodukten eingelassen, deren Komplexität am Ende selbst hausinterne Fachleute oft nicht mehr durchschauten. Ein Investitions- und Kaufrausch übernahm die Steuerung, unter Vernachlässigung jeglicher Nachhaltigkeit. 2009 zog man die Personen, die inzwischen längst zurückgetreten waren von den Spitzenpositionen ihres Leichtsinns, vor diverse parlamentarische Untersuchungsausschüsse, damit sie ihre Fehlkalkula-

tionen nicht nur bekennen, sondern – was wichtiger gewesen wäre – auch erklären. Aber alles, was sie vorbrachten, war ein großes «Sorry» und dass sie den «Krisen-Tsunami» nicht hatten kommen sehen. Ja, wenn nicht sie, wer dann? «The party is over», verkündete der Schattenfinanzminister George Osborne, in Anspielung auf einen berühmten Song des britischen Bühnenauteurs Noël Coward aus den 1930er-Jahren: So können wir nicht weitermachen.

Aber welche Party ist hier vorbei, und wann hat sie begonnen? Man kann das Datum mit einiger Sicherheit festmachen. Es war Margaret Thatcher, die 1986 eine Welle der Deregulierung auslöste in der von Kredit- und Bankkontrollen gefesselten britischen Wirtschaft. Eine ihrer größten Leistungen. Man nennt es auch den «big bang» – über Nacht wurde das britische Geldwesen aus seinen Behinderungen erlöst, und lange brachliegende Talente des Unternehmertums fühlten sich neu herausgefordert. Die Bankdirektoren erwachten aus ihrem Trott, *bowler hat* und der zusammengerollte Regenschirm verschwanden. Nicht mehr das ausgedehnte, rotweingesättigte Lunch und die bevorzugte Fortsetzung der Geschäfte auf dem Golfplatz oder im Club. Jetzt winkten andere Horizonte, abzulesen an den Wolkenkratzern, die sich in dem frisch aus dem Boden gestampften Canary Wharf, Londons Manhattan in einem Themsebogen im Ostteil der Stadt, in die Höhe reckten. Das Arbeitstempo beschleunigte sich, die Profite stiegen, ein neuer Typ von *city slickers*, smarten jungen Investment-Zauberern, begann das Bild zu prägen.

Parallel zu dieser Freisetzung lief die schon begonnene Privatisierung der verstaatlichten Industrien auf vollen Touren. Alles drängte zur Börse, auch den kleinen Mann ergriff das Spekulationsfieber. Gewiss, das alles erlitt 1990 in einer Rezession seinen ersten Rückschlag, aber schon zwei Jahre später, als das Pfund das Europäische Währungssystem (EWS) am 16. September 1992 verlassen hatte und das Schatzamt neue monetäre Flexibilität gewann, begann der Wiederaufstieg, den New Labour 1997 von der konservativen Regierung John Majors erbt und konsequent weiterverfolgte. England verwan-

delte sich in eine Dienstleistungsgesellschaft, unter Vernachlässigung seiner herstellenden Industrie. Die City, der Londoner Finanzbezirk, gab den Ton an, und neue Steuerquellen belohnten die Staatskasse für den Schritt, den Margaret Thatcher eingeleitet hatte. 20 Prozent des britischen Steueraufkommens entfielen noch 2007 auf den Finanzplatz London; er war zum Rückgrat von Englands neuem Reichtum geworden und erlaubte der Regierung, in Schulen und Krankenhäuser zu investieren und ein reformfreudiges Image zu projizieren. Zehn Jahre lang, zwischen 1997 und 2007, lag das Wachstum Großbritanniens zum Teil weit vor dem seiner europäischen Partner. Diese Erfolge dominierten das Denken.

Jedenfalls sah man in Whitehall, dem Londoner Regierungsviertel, keinen Grund, den Zauberkünstlern in der City mit strengen Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen zu nahe zu treten. Zu groß war der Ansehensgewinn vor allem für die ehemals sozialistische Labour-Partei, unter der Geld und Politik nun so gut miteinander auskamen wie früher nur unter den Konservativen. Eine entideologisierte Partei hatte das Rezept des Erfolges ihrer Vorgänger geerbt, und niemand wollte ausgerechnet in solch glorreichen Zeiten den Zweifler spielen. Er wäre ohnehin gegen den breiten Strom der Meinung geschwommen. Schon 1997 gab Peter Mandelson, damals Minister für Handel und Industrie und einer der Gründerväter von New Labour, die Devise aus, die Partei habe mit den «Stinkreichen», den «filthy rich», keine Probleme mehr. Man sehe das inzwischen alles sehr entspannt.

Zwölf Jahre später darf ein frisch bestallter Lord Mandelson als neuer Minister für Unternehmenspolitik dabei helfen, die Folgen dieser Entspannung zu tragen, die gebrannten Banken wieder zur Kreditvergabe zu überreden und die «filthy rich» vernünftiger Regulierung zu unterwerfen.

In den fetten Jahren wuchs das Vertrauen der Bürger in die Wachstumskurve ins Unendliche, Schuldenmachen wurde zum Nationalsport. Anfang 2007 war ein arbeitnehmender Brite im Durch-

schnitt mit 140 Prozent seines Jahreseinkommens verschuldet, die Sparquote tendierte gegen null. Das störte mitnichten den Schlaf. Gordon Brown, der Finanzminister, musste doch wissen, wovon er sprach, wenn er verkündete, mit Labour sei die Ära von «boom and bust», von Auf- und Abschwung, von Hochkonjunktoren und Einbrüchen der Konjunktur, an ihr Ende gekommen. «Wir stehen am Anfang eines Goldenen Zeitalters», hatte Brown noch im Juni 2007 einem prominenten Zuhörerkreis in der City zugerufen, kaum war er Premierminister geworden; vier Monate später musste er mit Northern Rock zum ersten Mal in der Geschichte des Landes eine ins Schlingern geratene Bank verstaatlichen. Die Milliarden zur Rettung diverser Bankinstitute sowie weitere Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft haben Großbritannien inzwischen in eine Verschuldung getrieben, an der noch Generationen zu leiden haben werden.

Kein Wunder, dass die Finanzkrise, mit ihren Folgen für die Gesamtwirtschaft, die britische unternehmerische Natur ins Mark getroffen hat. Die Menschen ringen gleichsam nach Atem, um die neue Wirklichkeit zu verkraften. Zehn Jahre stellten die Politiker ihr Land der EU als Vorbild dafür hin, wie man mit Schuldenmachen und Finanzzauberei Investitionen und Wachstum ankurbelt. Mit diesem Vorbild ist es nun vorbei, und Großbritannien erscheint plötzlich in ganz neuem Licht. Das einstige Empire, das uns Handel und Weltwirtschaft vorlebte, es sieht sich gezwungen, die Voraussetzungen seiner Vitalität, diese Risikofreude, die das Unbekannte nie gescheut hat, zu überprüfen. «Wir müssen wieder zum Stil des alten Bankmanagers zurückkehren», mahnt Premierminister Brown, «der Hypotheken nur bei nachgewiesener Eigenfinanzierung zu vergeben pflegte. Dafür muss man sparen.» Solcher Rat hätte ein paar Jahre früher sehr geholfen, als die Menschen sich mit null Eigenkapital zum Hausbesitzer machten im Supermarkt der Möglichkeiten.

Doch als habe die Wirtschaftskrise nicht genug an öffentlichem Vertrauen zum Einsturz gebracht, kam fast über Nacht ein neues Desaster über die Gesellschaft, und auch dieses betraf einen alten Stabi-

litätsgaranten – das Parlament. Dabei konnte der Anlass des Vertrauensbruchs nicht trivialer sein. Ein generöses System von Spesen und Zuschüssen hatte es den Abgeordneten erlaubt, sich mit großem Einfallreichtum steuerbegünstigte Vorteile zu verschaffen, ihre diversen Wohnsitze zu verschönern und deren Wert zu steigern. Wie in anderen Demokratien auch steht in Großbritannien der Berufsstand des Politikers nicht unbedingt auf der höchsten Stufe öffentlicher Anerkennung. Im Wissen darum hatten wechselnde Regierungen sich nicht getraut, an die heikle Frage der Anhebung der Abgeordneten-Diäten zu rühren, um Proteste im Land zu vermeiden. Stattdessen hatte man ein hausinternes System lukrativer Ansprüche auf Kostenerstattungen installiert, und wie überall, wo solche Möglichkeiten bestehen, wuchs auch bei britischen Parlamentariern die Versuchung, sie auszunutzen, unter Hintanstellung jeder Schicklichkeit und Moral – bis an die Grenze der Legalität.

Schützend vor die Abgeordneten, die diese Regeln unter sich ausmachten wie ein Gentlemen's Club, hatte sich der *Speaker*, der oberste Sachwalter des Unterhauses, gestellt. In der Verfassungskultur Englands steht der Speaker ganz oben, gleichrangig mit dem Premierminister. Er dirigiert die Debatten des Unterhauses, bestimmt die Reihenfolge der Redner, gewährt dem Regierungschef Zeit für außerordentliche Verlautbarungen und hat grundsätzlich über die Unabhängigkeit des Parlaments zu wachen. Seine Stellung ist mächtiger als etwa die des deutschen Bundestagspräsidenten. Michael Martin aber, ein Schotte, der über die Gewerkschaftsbewegung und die Labour-Partei 1979 ins Unterhaus kam, ehe man ihn 2000 zum Speaker wählte, hatte eine eigene Auffassung von parlamentarischer Unabhängigkeit: Lange Zeit über kämpfte er dagegen an, Einblicke in die interne Praxis der Aufwandsentschädigungen zu gewähren. Bis 2008 ein oberstes Gericht entschied, dass das Parlament von der geltenden *freedom of information*-Gesetzgebung nicht ausgenommen sei: Einem Antrag auf Offenlegung der Parlamentarierspesen, welcher vorlag, müsse daher nachgegeben werden.

Noch ehe dies geschah, verschaffte sich der «Daily Telegraph» auf dem grauen Nachrichtenmarkt für eine ungenannte Summe die Diskette mit den relevanten Daten und ließ seit Anfang Mai 2009 über quälende Wochen hinweg eine Serie der Enthüllungen über die Gesellschaft niedergehen, die das Ansehen der Parlamentarier vollends unter sich begrub – und das des *Speakers* gleich dazu, der sich gezwungen sah, am 19. Mai 2009 seinen Rücktritt bekannt zu geben. Als Bewahrer der alten Ordnung, die so viel Unehrenhaftigkeit, ja teilweise Korruption befördert hatte, war er unhaltbar geworden. Es war das erste Mal seit 1695, dass der Träger dieses Amtes buchstäblich davongejagt wurde. In der gleichen Woche wurden zwei Labour-Lords für sechs Monate ihrer Ämter enthoben, weil sie gegen Bezahlung Einfluss auf den Gang bestimmter Gesetze hatten nehmen wollen. Das House of Lords kennt leider auch bei Bestechlichkeit keine schwerere Bestrafung als die der kurzzeitigen Suspension.

Der Ingrim im Volk über die skandalösen Vorgänge hinter den Kulissen der politischen Klasse ist besonders vehement angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der großen Einschränkungen, welcher der Gesellschaft in ihrer Folge aufgebürdet werden. Dass es in dem Skandal um das Parlament von Westminster geht, den Prototypen des Parlamentarismus weltweit, eine Institution, von der man achtungsvoll als «Mutter der Parlamente» spricht, macht viele Beobachter tief betroffen. Das Gebaren der Abgeordneten spiegelt sogar frappant das vieler Finanzkapitäne wider, die während der letzten Jahre inmitten unverantwortlich eingegangener Risiken stets genau auf ihre Bonusse und Pensionsansprüche geachtet hatten – und bei Entlassung auf ihren goldenen Handschlag.

Bohrende Fragen tauchen jetzt auf: Ist das Unterhaus nicht überhaupt degeneriert zu einer Kammer mit immer weniger Befugnissen? Liegt in der parlamentarischen Demokratie Großbritanniens nicht zu viel Macht auf Seiten der Exekutive? Immer wieder hört man in den Diskussionen ein berühmtes Wort von Lord Hailsham, der vor

fast 40 Jahren das britische politische System einmal «eine Wahldiktatur» nannte. In den Jahren der Blair-Regierung, mit ihren erdrückenden Labour-Mehrheiten im Unterhaus, trat dieser Zug besonders deutlich zutage. Tony Blair sah im Parlament oft nicht mehr als eine Institution zur gehorsamen Absegnung seiner Politik. Von der Kontrollfunktion des Parlaments konnte immer weniger die Rede sein. Demokratiedefizit? Das wird gerade im euroskeptischen England immer wieder der EU und den Brüsseler Institutionen angelastet. Dabei kommt man ihm auch im Herzen des Westminster-Parlaments auf die Spur.

Die Reform, die nun fällig ist, gleicht dem *big bang*, den Margaret Thatcher 1986 in der britischen Finanzpolitik auslöste. Auch in ihrer parlamentarischen Kultur steht die Insel vor einer historischen Zäsur, einer Neubewertung alter Übereinkünfte. Sie wird ohne Zweifel zu einer Stärkung der politischen Bedeutung des Parlaments führen. Die Übertragung der Aufsicht über Aufwandsentschädigungen an ein außerparlamentarisches Gremium, die man inzwischen beschlossen hat, ist dabei eine notwendige Entschlackung. Sie macht frei für die Konzentration auf die eigentlichen Aufgaben. Die Abgeordneten, auch die der jeweiligen Regierungspartei, werden nach neuen Befugnissen verlangen, um den Ruch loszuwerden, sie seien nur unfreiwillige Erfüllungsgehilfen der Exekutive. Schließlich war nicht zuletzt das Gefühl schleichend wachsender Impotenz dafür verantwortlich gewesen, dass die Unsitte und Unsittlichkeit pekuniärer Satisfaktion das Vakuum an Relevanz und Bedeutsamkeit hatte füllen können.

Es liegen Umbrüche in der Luft, Paradigmenwechsel in der Art, wie die Insel ihr wirtschaftliches und demokratisches Profil künftig zeichnen wird. Daran kann heute kein England-Buch vorbeigehen, das über tradierte Sichtweisen hinwegkommen möchte zu neuem Verstehen.